

gerpartei,
de Calw.
der auf folgende
rasmmlungen
Besuch ein, und zwar:
er, nachmittags 2 Uhr,
„Lindenhof“
rückblick und Ausblick,
politiken und die deutsche
Volksparlei.“
Männer brauchen wir,
Dätöber, abends 8 Uhr
Saalbau Dinkelacker,
ber, „Die politische Lage“
gs 3 Uhr, mit Vortrag von
ber, „Der Katholizismus
deutschnationale Idee“,
Der Ausschuh.
nladung.
erwandte, Freunde und
amstag, 22. Oktober
s=Feier
ren“ in Stammheim
ur, Stammheim.
olz, Seitzental.
in Stammheim.
jeder besonderen Ein-
vollen.
nladung.
arten.
de und Bekannte zu
2. Oktober 1921, statt-
s=Feier
hühten Brannen“ in
taden.
Zimmermann,
immermann, in Leinach.
tunger,
ger, Kleinglattdach.
Uhr.
enzell.
ag, den 22. Oktober
Trauung
te, Freunde und Be-
Bicker
Weber
Uhr.
Moost-Effig
wa 50 Ltr. verkauft, auch
kleineren Quantitäten.
r. Kober, Salzgasse 61
Ein bereits noch neuer
Mädchenmantel
größe 42, ist zu verkaufen.
Waldhorn, Liebenzell.
4 fette
Enterich
verkauft
Jakob Ginader,
Stammheim.



Politische Wochenschau.

Die Woche begann unter dem Zeichen des gallischen Hahnes am Himmel der Politik: mit dem Sieg Briands über Lloyd George. England hatte die „Entscheidung“ des Völkerbundes über Oberschlesien, die Völkerverkonferenz die „Lösung“ des Völkerbundes angenommen. So hat es wörtlich geheißen. An Stelle des allein dazu berufenen Obersten Rats beschäftigte sich der Völkerverrat mit den Fragen der Durchführung der Genfer Regelung. Wir haben mit Recht keinen Wert auf die Nachrichten von den Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris über diese Punkte gelegt. Man hat sich selbstverständlich geeinigt und das Ergebnis, den Wortlaut der Entscheidung verbunden mit einer Begleitnote Briands, die in ihrer Deutlichkeit, daß die Alliierten für die Annahme und Ausführung der Genfer Beschlüsse durch Deutschland schon sorgen werden, nicht mißverstanden werden kann, den Regierungen in Berlin und Warschau übersandt. Mit diesen Fragen befassen wir uns ja ausführlich an anderer Stelle. Die deutsche Regierung, der Reichstag und das deutsche Volk, werden sich also bald über ihre außenpolitische Stellung und innerpolitische Haltung im Klaren und — einig sein müssen. — In Berlin hat man, leider bis gestern noch vergeblich, über die Um- oder Neubildung der Regierung verhandelt. Auch hier: Reden statt Taten. Und man könnte sich doch so leicht bei einigen guten Willen auf ein Programm innerer (sozialer) und äußerer (nationaler) Politik einigen. Denn die soziale Frage ist eine nationale, und ohne daß das Volk geschlossen hinter der Regierung steht, kann auch nie eine wirkungsvolle Außenpolitik getrieben werden. Also auch hier die Fragen: Zusammenbruch (Anarchie) oder Aufbau (Solidarität). — Das Ergebnis der Stichwahlen der von Kommunisten und Unabhängigen verschuldeten Wirtschaft in der Verwaltung der Reichsstaatskasse. Als Vorbild für den Ausfall etwaiger anderer Wahlen kann es nicht ohne weiteres gewertet werden. — Der Kapp-Butsch-Prozess wird nun, nachdem eine große Anzahl der Angeklagten sich freiwillig gestellt hat, in großem Umfang aufgenommen. — Der Friede mit Amerika ist endlich endgültig. Der Senat hat, nach langem Kampfe der „Sonderfriedens“-Gegner unter Führung des ehrenwerten Woodrow Wilson, die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn angenommen. Wir wollen uns aber — was sonst des deutschen Volkes große Schwäche ist, durch „feine“ Worte oder Zipselmätze die Welt zu betrachten — keine großen Hoffnungen machen auf eine nunmehr einsetzende offizielle „Friedenspolitik“ der Vereinigten Staaten. — In China droht ein Bürgerkrieg. Japan steht dahinter. China hat in der Schantungfrage eine zu selbständige (souveräne) Stellung genommen, nicht bloß eine Haltung eingenommen. Man hörte etwas von einer Vermittlung Amerikas. Amerika ist nämlich in China ebenfalls äußerst interessiert. Von hier aus gehen über die kommende Washingtoner Konferenz die politischen Fäden bis zur Entscheidung des Völkerverrats und Völkerbundesrats in Genf in der ober-schlesischen Frage. Außerdem spielt die Kleinasienfrage zwischen England und Frankreich eine große Rolle. Angeblich hat Frankreich ein für die türkischen Nationalisten nicht ungünstiges, für Frankreich selbst also vorteilhaftes Abkommen mit Kemal Pascha in Vorbereitung. Klein- und großasiatische Fragen sind es, die England, Lloyd George dauernd neben dem weltwirtschaftlichen und der Arbeitslosenfrage im besonderen in Anspruch nehmen. Darunter ist auch seine Haltung in der ober-schlesischen Frage zu verstehen, aber vom deutschen Standpunkt aus nicht zu entschuldigen. — Trohdem: der Stern Briands ist am Erlöschen, und das bedeutet nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Welt ein Verhängnis. Nicht die Morgenröde einer besseren Zukunft, sondern die Abendröte vor einer neuen schwarzen schweren Nacht. Der „Tiger“ Clemenceau sammelt seine sporentragenden Kampfahne zum letzten Sprung. Die Angriffe in der französischen Kammer auf Briand sind Vorzeichen und Vorspiel. Ob der Sieg über Lloyd George Briand halten wird? Wir fürchten: nein. Es hängt aber auch viel von Deutschlands Stellungnahme zum Genfer Urteil und dessen Pariser Bestätigung ab. Wir wollen nicht sagen: fällt Briand, so fällt auch Briand; aber bleibt Briand, so bleibt Briand länger als er sonst vielleicht sich halten könnte. Wir sehen daraus: Deutschland hat noch immer einen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge. — Was vor Europa im großen steht, wenn die Entente, das französische Großkapital für sich und seine Zwecke, und die Militaristen im Dienste Englands und in Erfüllung des Testaments Napoleons I., ihre Kriegsziele in ihrer Friedenspolitik weiterführt, zeigt Österreich im Klaren. Zusammenbruch, Zerfall, Zerkünderung. Das muß jeder einzelne wissen und darnach handeln. Wir sollen auch nicht nur das Land der Dichter und Denker, sondern auch das der besten Schulen

und tüchtigsten Lehrer sein. Wann lernen wir endlich aus unserer Geschichte, der großen Schule des Leidens? Genug lernen kann der Mensch ja nie; aber haben wir noch nicht genug gelitten?

Die große Aussprache in der französischen Kammer.

Briand verteidigt sich.
Fortsetzung der Nationalisten-Debatte. — Lodruise an die Rheinländer.
Briand fordert das Vertrauen einer großen Mehrheit.
Paris, 21. Okt. Am heutigen 4. Verhandlungstag der Interpellationsdebatten sprach an erster Stelle der Abgeordnete für Paris, Bonnet, um Auskunft zu verlangen über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um den für den Krieg und seine Durchführung verantwortlichen Kaiser Wilhelm und die militärischen und politischen Führer Deutschlands gemäß dem Vertrag von Versailles zur gerichtlichen Aburteilung zu bringen. Er verlangte darüber Erklärung der Regierung und Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrags. Nach ihm interpellierte der Abgeordnete Gay über die französische Politik im besetzten Gebiet. Ministerpräsident Briand habe vorgestern auf eine Einwendung von Maurice Barres erklärt, daß Frankreich, von der Gerechtigkeit seiner Sache und von seinem Recht überzeugt, die Sanktionen aufrecht erhalten werde. Nach seiner Ansicht sei das das einzige Mittel, das Frankreich bestimme, um die Ausführung des Friedensvertrags sicher zu stellen. Auch wirtschaftliche Sicherheiten brauche Frankreich. Mit Versprechungen könne es sich nicht zufrieden geben. Die augenblickliche Besetzung hindere Deutschland nicht in seiner Produktionsfähigkeit und hindere keineswegs seine Zahlungskraft. Die Rheinländer hätten eine andere als preussische Mentalität. Frankreich behin-dere sie keineswegs und seine Alliierten und Freunde mühten es zu verstehen, wenn es die Mittel in der Hand behalten wolle, um von Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu fordern. Der Abgeordnete verlangte eine Erklärung, daß an dem gegenwärtigen Besetzungsregime auf dem linken und dem rechten Rheinufer nichts geändert werde, ohne daß das Parlament befragt werde. Ministerpräsident Briand erklärte, die Frage sei, ob die Regierung alles getan habe, was möglich gewesen sei, und ob andere mehr hätten leisten können. In diesem Fall müsse die Kammer es der Regierung klar zum Ausdruck bringen. Die Minister seien solidarisch und in dem Augenblick, wo er sich anschaue, zu einer so ersten Konferenz nach einem fernem Lande zu reisen, werde er nicht mit einem kleinen Vertrauensvotum, mit einer kleinen Mehrheit die Weise antreten. Die Politik der Regierung sei eine Friedenspolitik. Darüber müsse man sich auseinander setzen — also eine Politik des inneren Friedens und eine Politik des sozialen Friedens, damit alle Franzosen in der Republik in Frieden leben könnten. Er wolle niemand anfragen, daß er eine Kriegspolitik betreiben wolle, aber Frieden heiße eine Atmosphäre schaffen, in der bei den unruhigen Zuständen in Europa alles vermieden werde, was den Frieden stören könnte. Die Kammer müsse sich klar über die Tätigkeit der Regierung aussprechen und sagte, ob sie unzufrieden oder zufrieden sei. Als er die Regierung übernommen habe, habe man einen Friedensvertrag in Händen gehabt, gegen den er nichts sagen wolle, der aber einerseits Frankreich und die Alliierten solidarisch gemacht habe, andererseits Deutschland jedem Alliierten gegenübergestellt habe. Der Vertrag stelle eine Einigung der Alliierten dar. Bestehe sie nicht, dann gebe es auch keinen Vertrag. Wenn man sage, der Vertrag sei tot, dann erkläre man, daß das Einverständnis nicht vorhanden sei. Ohne dieses Einverständnis der Alliierten hätte man aber die Deutschen nicht zur Zahlung zwingen können. Die Regierung habe alles getan, um bei der Zahlungsfrist am 1. Mai die Einigkeit der Alliierten aufrecht zu erhalten und zwar nach den Bestimmungen der Kammer. Aber die früheren Regierungen hätten die Kammer darauf aufmerksam gemacht, daß der Friedensvertrag nicht nur Vorteile für Frankreich enthalte, sondern auch Bestimmungen, die Frankreich nicht begünstigten. Vor dem 1. Mai habe man zur Einigkeit kommen müssen. Sie sei erzielt worden. Briand erinnerte weiter daran, unter welchen Umständen er seinerzeit gesagt habe, man werde Deutschland die Hand an den Hals legen, wenn es nicht erlaube. Aber damals sei der Verfalltag, den der Friedensvertrag vorsehe, noch nicht gewesen. Die Besetzung sei etwas großes, aber Frankreich habe damals geglaubt, man müsse noch neue Sanktionen nehmen. Nachdem Ministerpräsident Briand seine Rede beendet hatte, wurde die Weiterberatung der Interpellationen auf kommenden Dienstag vertagt.
Paris, 22. Okt. (Fortsetzung der Erklärungen Briands in der gestrigen Kammer Sitzung.) Die französische Regierung habe in Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg Pfänder nehmen wollen, damit Essen im Bereich der französischen liege. Es sei eine sehr lange Debatte nötig gewesen, um mit den Alliierten zu einer Einigung zu gelangen. Einen Augenblick habe es den Anschein gehabt, daß alles zu Ende sei. Sogar eine befreundete Inter-

vention sei notwendig gewesen. — Briand geht allmählich dazu über, von den Ereignissen in Oberschlesien zu sprechen, die auch an die Grenze einer neuen Krise geführt hätten. Jetzt behaupte man, man habe die Jahresklasse 1919 unnötig mobilisiert. Man vergesse, daß der damalige Reichsanzler eine provozierende Rede gehalten habe. Aber gegenüber der resoluten Haltung Frankreichs habe sich die Mehrheit des Reichstags gebeugt. Frankreich sei stark, es sei sogar am Maximum seiner Kraft angekommen. Briand entrüstete sich, daß man behaupte, die Regierung habe nichts getan, um Deutschland zu entwaffnen. Die materielle und moralische Kraft Frankreichs berechtigen zu allen Hoffnungen. Wie könne man behaupten, daß Deutschland bis an die Zähne bewaffnet sei, wenn es fast sämtliche Waffen ausgeliefert habe? Zweifellos bleibe Deutschland eine Nation von 70 Millionen Menschen und eine mächtige Gefahr. Es könne die zerstörten Kanonen wieder fabrizieren lassen, gewiß, aber es wäre zu ungerecht, der Regierung vorzuwerfen, daß sie noch nicht die Kanonen von morgen zerstört habe. Man könne von ihr nur verlangen, daß sie die Wachsamkeit und die Kontrolle verlängere. Uebergehend zur ober-schlesischen Frage sagte Briand, jetzt sei man zu einem Ergebnis gekommen. Das Areal von Oberschlesien könne Deutschland nicht mehr dienstbar gemacht werden. Nachdem der Ministerpräsident noch über Syrien und über die französische Politik im Orient, sowie über seine Reise nach Washington gesprochen hatte, verlangte er, sich einen Augenblick ausruhen zu dürfen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung führte Briand aus, die Regierung des Reichsanzlers Wirth habe den aufrichtigen Wunsch, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Unter den Gegnern des Dr. Wirth befänden sich die großen Finanzleute und die Großindustriellen. Es führten ihre Waren und ihre Kapitalien aus, kauften Fabriken und Zeitungen im Ausland und bereiteten den Bankrott Deutschlands vor. Man müsse Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen erleichtern. Briand lam sodann auf das Saargebiet und die Rheinlande zu sprechen. Er führte aus, vom Rheinland sei es ein Irrtum, zu glauben, daß die Bevölkerung ihr Vaterland verlassen wolle. Aber wenn man dahin gelangen könnte, daß die Rheinlande nicht mehr von Preußen regiert würden, hätte man schon ein großes Ergebnis erzielt. Briand sprach dann über die Konferenz in Washington, auf der Frankreich zeigen werde, daß es kein Störenfried sei. Ueber die Lage in Deutschland erklärte er, die Politik sei gut und er hoffe, daß diese Politik fortgesetzt werde. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein besetzt hätte, so wäre eine Lage herbeigeführt worden, die dem Krieg nahe kam. Wenn aber die Regierung Wirth gestürzt worden wäre und die Gegner, die ans Ruder gekommen wären, erklärt hätten, sie wollten den Vertrag von Versailles nicht mehr anerkennen, dann hätte Frankreich mit allen seinen Alliierten vorgehen können. Er hoffe, daß man niemals zu diesem Außersten werden müsse. Zum Schluß sprach der Ministerpräsident noch über die innere Lage Frankreichs, worauf, wie bereits gemeldet, die Weiterberatung der Interpellationsdebatte auf Dienstag vertagt wurde.

Lärmereien in der französischen Kammer.

Paris, 20. Okt. Die heutige Kammer Sitzung begann mit einem Lärm. Gestern hatte der Abgeordnete Mandel ein Schriftstück, das Bezug auf den letzten großen kommunikativen Prozeß hat, verwendet, als dessen Urheber, der sozialistische Adolphe Escoffier, Deputierter des Norddepartements bezeichnet wurde. Escoffier wohnte der gestrigen Sitzung nicht bei. Heute erklärte er zu Beginn der Sitzung, daß er Mandel laum kenne und er aus dem Text des Schriftstücks, in dem er Escoffier seine Freude darüber ausdrückt, daß die Freiheit des Entschlusses der Geschworenen sichergestellt wurde, nicht auch den letzten Satz verlesen habe. Dadurch habe er den Inhalt entstellt. Als Mandel zur Fortsetzung seiner gestrigen Ausführungen die Rednertribüne besteigen wollte, verwehrte ihm Escoffier einen Faustschlag ins Gesicht. Es entstand in der Kammer eine große Erregung. Der Präsident rief den Abgeordneten Escoffier zur Ordnung. Nach einigen weiteren Erklärungen des Abgeordneten Mandel über diese Aneignung sprach er über die auswärtige Politik der Regierung.

Der Machtanspruch über Oberschlesien.

Trauer in Breslau.
Breslau, 21. Okt. Aus Anlaß der Entscheidung über Oberschlesien hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß sämtliche städtischen Gebäude einschließlich der Schulen auf Halbmaß oder mit Trauerflor zu flaggen haben.

Keine Veröffentlichung der Entscheidung in Oberschlesien vor Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens.

Oppeln, 21. Okt. Die Interalliierte Kommission hat von der vorgestrigen Entscheidung der Völkerverkonferenz — entgegen anderen Meinungen — gestern vormittag ungefähr um 10 Uhr Kenntnis erhalten, jedoch wird der Entschluß des Völkerbundsrats, der durch die vorgestrige Verfügung der Völkerverkonferenz zum schiedsrichterlichen Entscheid der alliierten Mächte gemacht wurde, hier nicht eher offiziell veröffentlicht werden als bis das Wirtschaftsabkommen zwischen Polen und Deutschland perfekt ist, sodaß erst dann die einmonatige Frist für den Abzug der interalliierten Kommission und den Abtransport der alliierten Truppen zu laufen beginnt. Die interalliierte Kommission erwartet von der ober-schlesischen Bevölkerung keinen weiteren Widerstand, sodaß man von der nach Blättermeldungen geplanten Verhängung des Belagerungszustands absehen wird. Während die Engländer und die Italiener sich der Entscheidung gegenüber reserviert verhalten, hat diese in den französischen Kreisen der Kommission unstreitig lebhafteste Genugtuung hervorgerufen. Das in Oberschlesien verbreitete Gerücht von der Anfordern neuer Verstärkungen bezw. dem Heranzögen neuer Truppen entbehrt jeglicher Grundlage. Desgleichen ist die Meldung von dem Abtransport französischer Truppen unrichtig.

Die Haltung Polens und Deutschlands. Beginn der Erzwingungshefte gegen Deutschland.

Paris, 21. Okt. „Petit Parisien“ schreibt zu der ober-schlesischen Frage, nach allem, was vorauszu sehen sei, werde sich Polen der Entscheidung der Mächte beugen. Es könnte keinen besseren Beweis seines politischen Sinnes geben. Es scheint jedoch, daß man deutsch-seitig Unbesonnenheiten zu erwarten habe. Das wäre eine Politik der Torheit. Nichts in der Entscheidung der Alliierten rechtfertigt dies, denn die Maßnahmen sind getroffen, um Polen nicht unter den wirtschaftlichen Folgen der Teilung leiden zu lassen. Gewalt oder auch nur der schlechte Willen Deutschlands würden Zwangsmaßnahmen der Alliierten unvermeidlich machen.

Paris, 21. Okt. „Deuvre“ sagt, man halte einen Widerstand seitens der Deutschen und Polen gegen die Entscheidung der Völkerverkonferenz für unwahrscheinlich. — „Petit Journal“ schreibt: Wird die deutsche Regierung genug Klarheit besitzen, um ihr Interesse zu verstehen und genug Autorität, um ihren Parteilern die Annahme einer Entscheidung aufzuzwingen, die die Alliierten nicht mehr abändern können? Deutschland möge sich über die Meinung der Neutralen orientieren. Es wird sich in Europa allein befinden, wenn es eine Debatte wieder eröffnen will, die bisher das Haupthindernis für die Wiederherstellung des Friedenszustandes gewesen ist.

Was Polen gewinnt.

Paris, 21. Okt. Saint Price stellt im „Journal“ fest, daß Polen durch die Teilung Oberschlesiens 48 Prozent, das heißt 973 000 Einwohner des Industriegebietes zugesprochen werden. Polen erhält 82 Prozent der Kohlenförderung, 51 Prozent der Holzherzeugung, 65 Prozent der Schmelzeisenherzeugung, 70 Prozent der Stahlproduktion und die gesamten Zinkgruben.

Berlin, 22. Okt. Im „Vorwärts“ rechnet ein bergmännischer Sachverständiger unter Zugrundelegung der Kohlenförderung im Jahre 1913 in Oberschlesien, daß nach der Genf-Pariser Entscheidung Polen viermal soviel Kohlen bekommt, als Deutschland verbleiben. Von dem gesamten Kohlenvorkommen in Oberschlesien, das bis zu einer Tiefe von 1200 Metern 112 1/2 Milliarden Tonnen beträgt, bleiben nur 5 bis 5 1/2 Milliarden im deutschen Besitz. Da Deutschland alle ober-schlesischen Zink- und Bleigruben verliert, büßt es damit fast dreiviertel seiner Zinkproduktion und die Hälfte seiner Bleierzförderung ein.

Einspruch der deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königschütte.

Königschütte, 21. Okt. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königschütte haben folgendes Telegramm an den Reichsminister in Berlin geschickt: Das Unrecht ist Wirklichkeit geworden. Die deutsche Stadt Königschütte ist vom alten Vaterland losgerissen. Auch unter der Fremdherrschaft werden wir unser Deutschtum wahren und mit den Brüdern und Schwestern im Reich eines Sinnes sein. — Gleichzeitig erließen die Absender dieser Rundgebung folgenden Aufruf: Deutsche Bürger von Königschütte! Das bisher Unglaubliche ist eingetroffen. Unsere Stadt, die zu 55 Prozent deutsch ist, wird gegen unseren Willen und gegen unser klares Recht einem fremden Staate anverleibt. Unsere Zukunft müssen wir neu schaffen. Ertragt die schweren Tage der Uebergabe mit Ruhe! Vergeßt nicht, daß ihr Deutsche seid! Schließt Euch enger als bisher zusammen.

Rundgebung der ober-schlesischen Zentrumskomitee gegen die Pariser Entscheidung.

Berlin, 21. Okt. Die ober-schlesischen Abgeordneten der Zentrumskommision des Reichstags und des preußischen Landtags, gez. Pfarrer Ullrich, richten folgende Rundgebung an ihre Wähler: Die Entscheidung, wie sie jetzt durch die amtliche Bekanntmachung der Völkerverkonferenz veröffentlicht worden ist, übersteigt alle Befürchtungen, die wir für unsere Heimat schon in den letzten Wochen gehegt haben. Eure Abgeordneten und die Zentrumskommision des Reichstags und des preußischen Landtags verstehen nur zu gut Euren Schmerz und Eure Entrüstung und teilen sie mit Euch aufrichtigen Herzens. Es bedarf wohl weiter keiner ausdrücklichen Versicherung, daß wir bereits bewußt sind, daß über uns hereingebrochene noch in letzter Stunde abzuwenden. Wir werden dabei unterstützt durch das volle Verständnis der Zentrumskommision des Reichstags und des Landtags, die ebenso unablässig tätig sind, die Interessen der Oberschlesier nach allen Seiten hin und mit allen Kräften zu wahren. In diesem Sinne bitten wir Euch, wie bisher Vertrauen zu uns und unserer Arbeit zu haben, Ruhe zu bewahren und alle unüberlegten Schritte zu vermeiden.

Bis jetzt Ruhe in Oberschlesien.

Rattowitz, 21. Okt. Die Lage in Oberschlesien ist in Anbetracht der Veröffentlichung der Entscheidung aufs Aeußerste gespannt. Trotzdem ist es, soweit bis jetzt bekannt, nirgends zu Zwischenfällen gekommen. Nur wird aus dem Kreise Rybnik gemeldet, daß dort die Polen ihre Drohungen gegen Geislich wahr gemacht haben. Pfarrer

Amtliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung des Ernährungsministeriums, betreffend die Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien.

Die mit Zustimmung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erlassene Bekanntmachung des Ernährungsministeriums vom 8. Oktober 1920 (Staats-Anzeiger Nr. 230), wonach Kartoffeln nur mit vorgängiger Genehmigung der Landeskartoffelstelle (jetzt Landesversorgungsstelle) auf Branntwein verarbeitet werden dürfen, bleibt auch für die Ernte 1921 in Geltung.

Stuttgart, den 15. Oktober 1921. In Vertretung: Ka

Gebiga aus Leßlin wurde durch vier mit einem Automobil angekommene Personen gezwungen, seine Partei zu verlassen und zu fliehen.

Noch keine Entscheidung in Berlin. Regierungsbildung und ober-schlesische Frage. Die Stellung der Parteien.

Berlin, 22. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern gemeinsam mit dem Parteiauschuß beraten. Die Stellungnahme der Fraktion in der Frage der Regierungsbildung, die das Recht der Entscheidung über das Verbleiben oder das Gehen des Kabinetts Wirth allein dem Reichstag zuerkennt, fand laut „Vorwärts“ auch in dieser gemeinsamen Sitzung einstimmige Zustimmung.

Die Reichstagsfraktion der USP. nahm gestern zu der durch die Entscheidung über Oberschlesien geschaffenen Lage Stellung. Dem Kabinetts Wirth kann nach Ansicht der Fraktion die Schuld an der für Deutschland ungünstigen Lösung der ober-schlesischen Frage nicht zugeschoben werden. Ein Wechsel in der auswärtigen Politik würde die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen. Die Fraktion protestiert aufs Schärfste gegen die Versuche, unter Ausschaltung des Reichstags einen Kabinetts- und Personenwechsel herbeizuführen.

Wie die „Deutsche Zeitung“ wissen will, sollen sich das Zentrum und die demokratische Fraktion gegen das Kabinetts Wirth entschieden haben.

Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie zur Entscheidung über Oberschlesien.

Berlin, 21. Okt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Freitag nachmittag folgenden Beschluß gefaßt: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat von den bekannt gewordenen Erklärungen der Entente über die ober-schlesische Entscheidung Kenntnis genommen. Die Fraktion steht in dieser Entscheidung eine Mißachtung der Volksabstimmung und eine Verletzung des Versailler Vertrags und lehnt diese Entscheidung einstimmig ab.

Berlin, 22. Okt. Wie der „Vorwärts“ wissen will, steht man in Berliner parlamentarischen Kreisen unter dem starken Eindruck, daß die Entscheidung über Oberschlesien noch ungünstiger ist als nach den ersten Veröffentlichungen zu erkennen war. Die Stimmung gegen das Kabinetts Wirth habe sich daher bei den bürgerlichen Fraktionen verstärkt. Man verlange neue Verhandlungen mit der Entente. Von welcher Seite das Kabinetts Wirth abgelöst werden soll, sei einseitig ganz unklar.

Beratungen im Reichskabinetts über die „ober-schlesische Frage“.

Berlin, 21. Okt. Das Reichskabinetts trat heute abend zusammen, um seine Beratungen über die ober-schlesische Frage fortzusetzen. Die beteiligten Ressorts erstatteten Bericht über die wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und sozialen Folgen der von der Völkerverkonferenz getroffenen Entscheidung. Darauf trat das Kabinetts in die Besprechung der politischen Gesamtlage ein. Das Kabinetts wird seine Beratungen morgen nachmittag fortsetzen.

Berlin, 21. Okt. Heute morgen um 9 Uhr fand eine Kabinettsfraktion, in der der Außenminister Dr. Rosen über die Note betr. Oberschlesien referierte. Im Laufe des Tages werden sich die beteiligten Ressorts mit dem Inhalt der Note eingehend beschäftigen und dem Kabinetts, das voraussichtlich heute abend zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten wird, über das Ergebnis ihre gutachtlichen Äußerungen vorlegen.

Reichstagssitzung am Sonntag oder Montag?

Berlin, 21. Okt. Der Aeltestenrat des Reichstages konnte auch heute noch nicht zu einem festen Beschluß über den Termin der Plenarsitzung kommen, da dem Reichstag der amtliche Wortlaut der Entscheidung über Oberschlesien noch nicht vorliegt. Wahrscheinlich findet die Sitzung erst am Sonntag oder Montag statt.

Ausland.

Trost aber keine Hilfe für Oesterreich.

Paris, 21. Okt. Ministerpräsident Briand hat gestern vormittag den österreichischen Gesandten Baron Eickhoff empfangen, der sich mit ihm über die finanzielle Lage Oesterreichs besprach. Der Gesandte verlangte nach der Haasagentur die Aufhebung der Hypotheken, die auf Oesterreich lasten, um dadurch die für das Wirtschaftsleben notwendigen Kredite zu erlangen. Ministerpräsident Briand erklärte, daß die finanzielle Lage Frankreichs es vorübergehend verhindere, Oesterreich Beistand zu leisten. Frankreich werde sich bemühen, Maßnahmen zu ergreifen, damit Oesterreich in seiner Unabhängigkeit erhalten bleibe, die notwendig sei für das europäische Gleichgewicht und für den Weltfrieden.

Anwälzung in Lissabon?

Lissabon, 21. Okt. (Havas.) Der Präsident der Republik hat, um Blutvergießen zu vermeiden, die von dem neuen Ministerpräsidenten und Minister des Innern, Oberst Coelbe vorgeschlagene Umbildung des Ministeriums angenommen. Zum Finanzminister wurde Coria, zum Kriegsminister Simoes, zum Marineminister Pinto, zum Minister des Aeußern Baiza Simoes ernannt.

Deutschland.

Die Frage der Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Berlin, 19. Okt. Der wirtschaftspolitische Ausschuß und der Ausfuhrabgaben-Ausschuß des Reichswirtschaftsrats berieten in einer gemeinschaftlichen Sitzung über den Antrag der Reichsregierung auf Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Der Antrag der Regierung bestimmt: Die Ausfuhrabgaben sollen bis längstens 1. April 1922 neu geregelt werden. Bis zum Inkrafttreten dieser Neuregelung soll mit sofortiger Wirkung eine Zwischensregelung erfolgen. Zu diesem Zweck soll eine Erhöhung der derzeitigen Sätze des Tarifs um 4 Prozent eintreten. Diese Erhöhung wird nach oben begrenzt durch Maximalsätze, die bei Fertigfabrikaten 6 Prozent, bei Halbfabrikaten 7 Prozent und bei Rohstoffen 8 Prozent betragen soll. Ausländische Waren (ausländische Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate), bei welchen einwandfrei feststeht, daß sie keinerlei Weiterverarbeitung im Inland mehr unterworfen werden, und solche, bei welchen die Weiterverarbeitung im Inland nur eine geringfügige ist, werden mit keiner oder mit einer wesentlich geringeren Abgabe (höchstens etwa 3 Prozent) belegt.

Teuerungsforderungen der Reichspostgewerkschaft.

Berlin, 19. Okt. Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten hat sich erneut mit der Frage der Teuerung der wirtschaftlichen Not der Beamtenschaft befaßt und ist zu dem Beschluß gelangt, daß der Beamtenschaft, um sie vor einer sonst unabwendbaren Katastrophe zu bewahren, sofort durchgreifend geholfen werden muß. Die in Vorbereitung begriffene grundsätzliche Neuregelung der Beamtensoldung ist mit größter Beschleunigung durchzuführen. Außerdem verlangt die Reichspostgewerkschaft zur Abwendung der dringendsten Not und zur Beschaffung von Wintervorräten und Kleidung die sofortige Vorauszahlung eines namhaften Betrags auf die zu erwartenden Mehrbezüge. Die Reichspostgewerkschaft hat diesen Beschluß dem Deutschen Beamtensbund zur nachdrücklichen und einheitlichen Vertretung bei den maßgebenden Stellen übermittelt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Oktober 1921.

Vom Rathaus.

Am Donnerstaagnachmittag fand auf dem Rathaus eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats unter Vorsitz von Stadtschultheiß Söhner statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von einem Bericht des Landesamts für Denkmalpflege in Stuttgart vom 17. Oktober 1921 über den Zustand der Nikolauskapelle hier und über die von diesem Amt gemachten Vorschläge für Wiederherstellung. Er beauftragt, daß der aus dem 15. Jahrhundert stammende Dachreiter nun für alle Zeiten verloren ist und würde es gerne sehen, wenn statt der vom Landesamt in erster Linie vorgeschlagenen Kreuzblume wieder ein ähnliches Kunstwerk (vielleicht mit Hilfe eines Kapellenvereins und einer Lotterie) aufgestellt werden könnte. Diese Frage soll vorläufig zurückgestellt werden. Zunächst soll das Dach so verwahrt werden, daß die winterlichen Witterungseinflüsse keinen Schaden anrichten können. Sodann sollen die von Photographen beschriebenen Bilder von dem bauwürdigen Dachreiter verglichen und ausgestellt werden; auch soll die Einwohnererschaft durch Veröffentlichungen und Berichte in der Zeitung aufgeklärt werden. Im kommenden Frühjahr wird dann die ganze Angelegenheit soweit geklärt sein, daß mit der Ausschreibung des Dachs im Sinne der Vorschläge des Landesamts auch endgültige Beschlüsse über die Gestaltung des Dachabstufes und des Giebels gefaßt werden können. — Punkt 2: Die Behauptung eines Gesuchs um Beihilfe darlegen zu einem Wohnungsaufbau wird zurückgestellt, da gewichtige Einwände gegen das Begehren vorliegen. — 3. Ein verändertes Baugesuch der Einwohnerversammlung zur Erstellung ihres Beamten-Dienstwohnungsgebäudes wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. — 4. Von den früheren Luthischen und Schuhmachereischen Grundstücken kommen einige Parzellen zur Verpachtung. Die Nachfrage ist groß. Die Stadtpflege empfiehlt, die Stübe in Teile von 4 Ar zu zerlegen und den Pächtern zum gartenmäßigen Anbau auf 6 Jahre zu gestatten. Der Vorschlag wird genehmigt. — 5. Die Ergänzung des Baumfuges auf den städtischen Grundstücken wird beschloffen. Die Kosten für 40 Obstbäume ab Baumschule betragen 1200 M. Der Vorschlag der Stadtpflege, ein weiteres städtisches Baumgut anzulegen, wird gutgeheißen. — 6. Zwei Gesuche um Nachlaß von Wandergewerbesteuer werden in entgegenkommendem Sinne erledigt. — 7. Verschiedenes. Der Antrag des Elektrizitätswerks auf Anschaffung eines Destillierapparats wird genehmigt. Es liegt hierfür ein günstiges Angebot vor. Die Kosten belaufen sich auf 3000 M. Seither wurde das beschlissene Wasser von Stuttgart bezogen. Das Calwer Werk kann damit in Zukunft das Wasser auch für andere Betriebe liefern. Der Apparat wird angeschafft, bevor die neue Teuerungswelle die Preise noch weiter erhöht. Die Verrechnung erfolgt auf dem Haushaltsplan 1922. — Ein Gesuch der Verwaltung der Kleinfinderschule um Erhöhung des Betrags vom 1. 1. 22 ab auf 4000 M. wird dahin erledigt, daß die Stadt vom 1. 4. 22 ab als Beitrag leistet: 4000 M. bar (seither 600 M.), unentgeltliche Heizung für Schule und Schwestern, Wohnung für die Schwestern und Ueberlassung der Schulräume, außerdem zu den 600 M. für das laufende Jahr noch 400 in bar. — Die Umlaufzeit des städtischen Notgelds läuft am 31. 10. 1921 ab und wird bis zum 31. 10. 22 verlängert. — Für die Calwer freiwillige Feuerwehr sollen 100 Meter Schläuche und ein Hydrantenwagen angeschafft werden. Letzterer auf den nächsten Etat. — Ein Antrag der Stadtpflege, die Mobiliarfeuerversicherung dem Geld- und Sachwert entsprechend um 300 Prozent zu erhöhen, wird genehmigt. —

Teuer

Die Wirkung von la... Ausnahmsweise... (amen) bis a... (schuß) bezahl... 25 M. für je... Betrag der... Rentenbetrag... die Postanstalt... Monate... Vorläge... In der W... wie auch and... Thema Bete... abend am 12... legentheit, U... trictor der B... der Deutsche... dieses Thema... die Vereini... grifflich-evan... Rand für Sa... lung der reit... um die Schul... auch nicht jed... oder auch sei... Evangelische... Schule diejem... Gut des ewar... richt mitgete... den-christliche... bei den Wort... klar jutage t... sich hier ein... auf die Wort... hingewiesen.

ereignete sich... tern. Die... sind teilweise... sich bei den... brom. Weiß... Autos schwer... Schreden dav... brom in Los... eine führende... Große F... Abgeordn... D. d. P. h... Der Vorgang... schon ein emp... Gebietes, hat... macht und hat... denkt das wür... Naturvorgang... abzuwenden? an die Wärl... Bauarbeiten a...

Neben...) Wegen... legung der W... auf nächste W... Aufford... der... An der H... mindereiter... len entsprechen... Da sich di... ist der Bemess... zu Grund zu... Den 21. S... kann bis zum... Preis Wk. 1... Calw, be... Für den kle... meiner Schw... bei Frankfurt... fu d... Ich ein älteres... Mäd... Kenntnis in... nicht erforderlich... Eise...

Handar... und Kleid... den aufge... Or. Ausm... uw. Stief... heim, Renaj...

Ausfuhrabgaben.

Die Ausfuhrabgaben der Wirtschaftsrats betreffen die den Antrag der Wirtschaftsrats. Der Antrag der Wirtschaftsrats sollen bis längstens bis zum Inkrafttreten der Wirkung eine Zwischenzeit eine Erhöhung der Abgaben eintreten. Diese Erhöhung der Abgaben, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats...

Wirtschaftsvereine.

Die Wirtschaftsrats betreffen die den Antrag der Wirtschaftsrats. Der Antrag der Wirtschaftsrats sollen bis längstens bis zum Inkrafttreten der Wirkung eine Zwischenzeit eine Erhöhung der Abgaben eintreten. Diese Erhöhung der Abgaben, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats...

Land.

22. Oktober 1921.

Die Wirtschaftsrats betreffen die den Antrag der Wirtschaftsrats. Der Antrag der Wirtschaftsrats sollen bis längstens bis zum Inkrafttreten der Wirkung eine Zwischenzeit eine Erhöhung der Abgaben eintreten. Diese Erhöhung der Abgaben, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats, die bei Inkrafttreten der Wirtschaftsrats...

Teuerungszuschuß für Krieger-Witwen und Krieger-Waisen.

Die Wirkung vom 1. August 1921 an wird allen Empfängern von laufenden Militärversorgungsbühnen (mit Ausnahme der Hinterbliebenen von Berufsoffizieren und Besatzungen) bis auf weiteres im voraus ein laufender Teuerungszuschuß bezahlt. Derselbe beträgt monatlich: für jede Witwe 25 M., für jede Waise 15 M., für jeden Elternteil 15 M. Der Betrag der Nachzahlung, sowie der ab 1. November erhöhte Rentenbetrag wird den diesbezüglichen Rentenempfängern durch die Postanstalten mitgeteilt werden. Die Nachzahlung für die Monate August bis Oktober kann dann sofort abgehoben werden.

Vorträge über Bekenntnis- u. Gemeinschaftsschule.

In den Monaten Juli und August ist im Calwer Tagblatt, wie auch anderwärts eine heftige Pressehefte entbrannt über das Thema Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule. An einem Elternabend am 12. September hatten die Vertreter der letzteren Gelegenheit, ihre Ansichten darzulegen. Nunmehr haben als Vertreter der Bekenntnisschule der Evangelische Lehrerverein und der Deutsche Bund für Haus und Schule einen Vortrag über dieses Thema angekündigt. Der Evangelische Lehrerverein ist die Vereinigung desjenigen Teils der Lehrerschaft, der die christlich-ökumenische Weltanschauung vertritt. Der Deutsche Bund für Haus und Schule tritt besonders ein für die Erhaltung der religiösen Güter in Familie und Schule. — Der Kampf um die Schule ist ein Kampf für die Weltanschauung, wenn das nicht jedem klar ist, und das gibt dem Kampf seine Tiefe, aber auch seine Festigkeit. In diesem Streite suchen nun der Evangelische Lehrerverein und der Deutsche Bund für Haus und Schule diejenigen um sich zu sammeln, deren Wunsch ist, das Gut des evangelischen Glaubens nicht nur im Religionsunterricht mitzuteilen, sondern es auch durch den Geist einer entschiedenen christlichen Schule zu vermitteln. Das Für und Wider wird bei den Vorträgen, denen sich eine freie Diskussion anschließt, klar zutage treten, und es jedem, der es wünscht, ermöglichen, sich hier ein Urteil zu bilden. Deshalb sei auch an dieser Stelle auf die Vorträge Kuhnle-Cannstatt und Kosbichy-Remningen hingewiesen. (S. Anzeigenteil.)

Ein gräßliches Auto-Unglück

ereignete sich gestern nachmittag in der Nähe von Neulautern. Die Insassen wurden aus dem Auto geschleudert und sind teilweise tot, teilweise schwer verletzt. Es handelt sich bei den Insassen um die Familie Weismann aus Heilbronn. Weismann ist tot, seine Mutter und der Vater des Autos schwer verletzt. Die Frau Weismann scheint mit dem Schrecken davon gekommen zu sein. — Weismann spielte in Heilbronn in kommunistischen und Arbeitslosentreiben lange Zeit eine führende Rolle.

Große Anfrage über die Donauversicherung.

Abgeordneter Scheef und die übrigen Mitglieder der D. u. B. haben im Landtag folgende Große Anfrage eingebracht: Der Vorgang der Donauversicherung bei Tuttlingen, seit Jahren schon ein empfindlicher wirtschaftlicher Schaden des angrenzenden Gebietes, hat sich in den letzten Jahren immer stärker fühlbar gemacht und hat neuer einen katastrophalen Grad erreicht. Was geht das württ. Staatsministerium zu tun, um die sich aus diesem Naturvorgang ergebende sehr schwere Schädigung württ. Interessen abzumildern? — Abg. Stetter (Komm.) hat eine Kleine Anfrage an die württ. Staatsregierung gerichtet wegen Einstellung der Bauarbeiten am Bahnbau Leinfelden-Waldenbuch.

Neben statt Taten: — Worte und Werke!

Wegen Raummangels muß die am Samstag fällige Fortsetzung der Aufsatzreihe „Neben statt Taten: Worte und Werke!“ auf nächste Woche verschoben werden.

Oberreichenbach, 20. Okt. Durch eine Sammlung für die Berunglückten in Oppau konnten von hier an die Oberamtskasse für dieselben 520 M. gefandt werden.

(S. B.) Wülbach, 20. Okt. Fröh 4 1/2 Uhr fuhr der in der Nonnenmühl wohnende Oberholzhauer Christian Waidlich, 53 Jahre alt Vater von drei Kindern, beim Ausweichen auf ein vorübergehendes Langholzfuhrover und stieß mit der Brust betact dagegen, daß er kurze Zeit darauf verstarb.

(S. B.) Stuttgart, 21. Okt. Die Einbrecherbande, die in Pforzheim seit April 1920 zahlreiche Einbruchsdiebstähle in Gold- und Silberwarenfabriken und im Lande mehrere Einbrüche in katholische Kirchen verübt hat, wurde durch die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei weiter vervollständigt. Wegen gewerbmäßiger Hehlerei wurden weiter in Pforzheim verhaftet der Fabrikant Hans Hutt, der Goldschmied Friedrich Kiesel und der Goldschmied Erwin Dierwächter. Außerdem wurde festgestellt, daß die Verhafteten Eugen Metz von Gaisburg und Gustav Hittler von Enzberg auch in Stuttgart in Verbindung mit dem Hausburden Eugen Ziegler und dem Maschinenmeister Max Vogel mehrere Einbruchsdiebstähle verübt haben, unter anderem auch den Einbruch in das Stadt-Lebensmittellager hier. Wegen Hehlerei wurde der Kaufmann Robert Kurz in Leutenbach festgenommen. — Weiter wurde ermittelt, daß der Kaufmann Hermann Grasser von hier und der Elektromonteur Otto Hoch von Lindau, die mit der Pforzheimer Bande in Verberh standen, den Schuppenereintrich in das Schuhhaus Strom in der Calwer Straße, sowie einige andere Einbrüche ausführten.

(S. B.) Cannstatt, 20. Okt. (Großfeuer.) Am Mittwochabend brach in der Stadtmühle Großfeuer aus, das das fünfstöckige Gebäude in den oberen Stockwerken zerstörte. Das Feuer scheint unter dem Dachboden entstanden zu sein, hat in den Mehlvorräten Nahrung gefunden, sogar eine Explosion hervorgerufen und konnte bloß unter Aufgebot aller drei Feuerwachen bewältigt werden. Waren die Wachen nicht schon nach wenigen Minuten zur Stelle gewesen, so hätte der Brand das gesamte Gebäude zum Opfer gefordert. Als Entfesselungsurache wird Kurzschluß vermutet. Die Brot- und Mehlversorgung der Stadt ist durch den Brand nicht gefährdet.

(S. B.) Cannstatt, 20. Okt. Die polizeilichen Ermittlungen über die Entstehungsurache des Großfeuers in der Stadtmühle haben ergeben, daß der Brand wahrscheinlich durch eine Staubexplosion hervorgerufen wurde. Zur Zeit der Entstehung des Brandes war die Mühle noch im Betrieb. Es ist anzunehmen, daß einer der Keinen Quarzsteine, die sich in dem zur Verarbeitung kommenden amerikanischen Getreide befinden, Funken erzeugt hat, die sich leicht auf die Filter, in denen Staub und Urat abgezogen werden, übertragen konnten. Der Gebäude- und Maschinenschaden beläuft sich auf etwa 1 Million Mark. Die Einbuße an Getreide und Mehl ist verhältnismäßig gering. Der durch Feuer und Wasser angerichtete Schaden beträgt vermutlich nicht mehr als eine Viertel Million Mark. Eigentümer des Gebäudes ist nicht die Stadtgemeinde, sondern der Pächter der danebenliegenden und unbefähigt gebliebenen Stadtmühle. Sein Verlust ist durch Versicherung gedeckt.

Nutzenloses Wetter am Sonntag und Montag.

Die Luftdruckverteilung ist fast unverändert. Am Sonntag und Montag ist ziemlich bedecktes, aber vorwiegend trodenes und ziemlich mildes Wetter zu erwarten.

Geld-, Bolsa- und Landwirtschaft.

Valuta-Markt.

Frankfurt, 21. Okt. (Mittagsbörse.) (Zrf. 3.) Der Devisenmarkt steht andauernd unter dem Zeichen der Wertschwankungen, bei nicht allzu erheblichem Geschäft. Am Noten- und Kuponsmarkt waren die Umsätze nicht unbeträchtlich. Fran-

noten 1040, Dollars 156 3/4, 156, 155, 153 3/4, 154 1/4, 153 3/4, 155, 156 3/4, 157, Polen 4.30, 4.40.

Märkte.

Pferde und Vieh.

(S. B.) Stuttgart, 20. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Den Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 248 Ochsen, 21 Bullen, 270 Jungbullen, 251 Jungriinder, 399 Kühe, 537 Kälber und 497 Schweine. Aus 1 Ztr. Lebendgewicht wurden erlöst: Ochsen 1. Qual. 660—750 M., 2. Qual. 480—600, Bullen 1. Qual. 680—710, 2. Qual. 500—620, Jungriinder 1. Qual. 720—800, 2. Qual. 530—680, Kühe 1. Qual. 520—610, 2. Qual. 330—460, 3. Qual. 220—310, Kälber 1. Qual. 950—1020, 2. Qual. 870—940, 3. Qual. 800—850, Schweine 1. Qual. 1310—1400, 2. Qual. 1200—1280, 3. Qual. 1050—1150 M. Verlauf des Marktes: langsam.

Obst und Mostobst.

(S. B.) Stuttgart, 21. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof waren 43 Wagen zugeführt, darunter 34 aus Frankreich und 9 aus Württemberg. Preis wagenweise für 1 Zentner Obst aus Württemberg 110, aus Frankreich 105—112 Mark, im Kleinverkauf 112—115 M.

Weinpreise.

(S. B.) Neckarfurt, 20. Okt. Die hiesige Weingärtnergesellschaft hielt unter großem Andrang im Börsenhaus ihre Weinmostversteigerung, bei der Stadtschultheiß Häußler Begrüßungsworte sprach und den Heurigen als Sonnenwein charakterisierte. Es wurden 90 Hektoliter Schwarzriesling zu 2290—2400 M., 150 Hektoliter Trollinger zu 3000—3045 M., 70 Hektoliter Weißriesling zu 2900—3160 M., 280 Hektoliter Weißwein 1. Kl. zu 2100—2220 M., 90 Hektoliter 2. Kl. zu 1670—1730 M. je das Hektoliter versteigert. Der Gesamterlös betrug 1.068.000 M. Das von der Weingärtnergesellschaft versteigerte Quantum beträgt etwa ein Drittel des hiesigen Gewächses. Der Wert der Gesamtweinemenge der Neckarfurter Markung beträgt bei einem Ertrag von rund 2000 Hektoliter 3 Millionen Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrslosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Spar- und Vorschussbank Calw.

Amliche Börsenkurse vom 21. Oktober 1921 (ohne Gewähr)

Staatsanleihen.		Aktien.	
5% Reichsanleihe	77.50	Deutsche Bank	515.00
4% do.	71.00	Disconto-Gesellschaft	459.00
Sparprämienanleihe	78.90	Dresdner Bank	410.00
4% Württ. Staats-Obl.	67.00	Württ. Vereinsbank	335.00
3 1/2% do.	81.85	Junghans Gebr.	698.00
4% Bad. Obl. von 1901	70.50	Daimler	557.00
4% Bayer. Obl.	67.00	Esslinger Masch.	850.00
4% Oesterr. Goldrente	80.00	Bad Anilin u. Soda-Fabr.	750.00
4% Ungar. do.	82.00	Hapag	403.00
Pfandbriefe.		Nordd. Lloyd	410.00
4% Württ. Hyp.-Bank	97.00	Brauerei Wulle	485.00
3 1/2% unvert.	83.00	Cement Heidelb.	740.00
4% Cred.-Ver. unk. 20	96.50	Phönix Bergw.	109.00
4% Vereinsbank	95.00	Devisen.	
4% Frankl. Hyp. Bank	96.00	Deutsch-Oesterreich	9.10
4% Credit-Ver.	94.00	Schweiz	286.00
4% Rhein. Hypok. kdb. 23	93.00	Holland	5210.00

Bankmässige Geschäfte aller Art. — Sparkasse

Reklameteil.

Weg mit dem **Strumex** bringt rasche Hilfe bei dicken Hals, Kropf, Drüsenleiden. Zu beziehen durch jede Apotheke oder Hauptvertriebslager.
Hofrat Mayers Centralapotheke, Cannstatt, Dr. Rang Homöop. Centralapotheke, Eßlingen.
Flüssig oder Pulver — Preis Mk. 7.50.

Calw.
Aufforderung zur Entrichtung der Gemeindesteuern.
An der für das Steuerjahr 1921 zu entrichtenden Gemeindesteuer ist die Hälfte zur Zahlung fällig und es wollen entsprechende Teilzahlungen gemacht werden. Da sich die Ausgabe der Steuerzettel noch verzögert, ist der Bemessung der Raten der vorjährige Steuerbeitrag zu Grund zu legen.
Den 21. Oktober 1921.
Stadtpfleger: Frey.

Calw.
Deckreis
kann bis zum 24. Oktober 1921 einschl. bestellt werden.
Preis Mk. 1.50 für den Bund.
Calw, den 20. Oktober 1921.
Stadtpfleger: Frey.

Handarbeiten und Kleider werden angezeichnet.
Or. Ausw. Stadgarne usw. Steffin, Pforzheim, Rennfeldstraße 5.

Ein blauer **Kleiderschurz** ging am Donnerstag in der Bischoffstraße verloren.
Gegen Belohn. abzugeben bei Schutzmann Weimert.

Ziegelei Calw.
Zur **Herbstdüngung** empfiehlt **Dung-Kalk.**
G. Eitel.

Most-Eisig, 100 Liter, sowie **junge Hasen** sind zu verkaufen.
Leberstraße 98.
Tüchtiger, selbständiger **Flaschner-Geselle** kann sofort eintreten bei Otto Kagenmaier, Flaschnermstr., Liebenzell, Telefon Nr. 60.
1 Arbeiter für Kernmacherei (Gießerei) wird sofort angenommen Pforzheim (Nistadt) Hammerstraße 7.

Evang. Volksbund.
Zu dem Vortrag über die Bekenntnisschule am Freitag, den 28., abends 8 Uhr, ist der Evang. Volksbund eingeladen und fordert seine Mitglieder auf, recht zahlreich zu erscheinen.

Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt **Musikhaus Curtz,** Pforzheim, Leopoldstr. 17. Arkadenknechtlich-Hofbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.

Spekhardt. Eine etwas ältere, sehr gute **Milch- und Schaffsamt Kalb** verkauft Straßenwart Schnauser.

Sch suche bei hoher Anzahlung Wirtschaft, oder irgend ein Warengeschäft evtl. auch Privathaus zu kaufen. Angebote unter H. D. 25 an die Annoncen-Expedit. Rudolf Wölfe Reutlingen erbeten.

Guterhaltener Sekretär zu kaufen gesucht. Von wem? sgt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kaufe fortwährend Lumpen, Knochen, Papier, Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei Wein- u. Schiffsachen. Althandlung Burkhardt, Ronnengasse 130.
Sozialdemokrat. Verein. Am Samstag Abend 8 Uhr bei Bäckermeister Kirchherr **Versammlung** Vollständiges Erscheinen erwartet der Vorstand.

Am Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, finden im großen Saal des „Badischen Hofes“ ohne Restraktion **zwei öffentl. Vorträge** über **Bekenntnis- u. Gemeinschaftsschule** von Oberlehrer Kuhnle, Cannstatt und **die evangelische Schule und das Gewissen des Kindes** von Oberlehrer Kosbichy, Remningen, Mitgl. der Landeskirchenversammlung, mit anschließender Diskussion statt.
Allen, welchen die Erhaltung unserer bisherigen christlichen Volksschule, namentlich auch in unserer Stadt Calw am Herzen liegt und die nicht wollen, daß diese auf dem Weg über die sogenannte Gemeinschaftsschule vernichtet werde, sind zu diesem Abend freundschaftlich eingeladen. Besonders willkommen sind auch Besucher aus dem Bezirk, welche sich über die heute so brennende Schulfrage aufklären wollen. **Deutscher Bund für Haus und Schule in Württemberg** Verein evang. Lehrer in Württemberg.

Wand-Kalender für 1922 mit **Märkte-Verzeichnis** sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu **60 Pfennig** erhältlich.

Dresdner Bank
Eigenkapital
500 Millionen Mark
Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Calw Tanneneck den 21. Oktober 1921.
Trauer-Anzeige.
Mein lieber Mann, unser guter Vater,
Schwiegervater und Großvater
Friedrich Schrieler †
wurde heute früh im Alter von 69
Jahren von seinen Leiden erlöst.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Gattin **Marie Schrieler**
mit ihren Söhnen und Tochter.
Beerdigung **Sonntag** Mittag 2 Uhr
vom Trauerhaus.

Simmozheim, den 21. Oktober 1921
Todes-Anzeige.
†
Verwandten, Freunden und Bekannten
die traurige Mitteilung, daß mein lieber Gatte,
unser lieber Vater
Georg Müller
Ziegler
nach langem, schwerem, mit großer Geduld
ertragenem Leiden heute mittag 1/2 1 Uhr sanft
in dem Herrn entschlafen ist.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Müller.
Beerdigung **Sonntag** Mittag 2 Uhr.

Oberriedt, den 21. Oktober 1921.
Dankfagung.
†
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme, die wir während der Krankheit und
dem Hinscheiden meiner geliebten Gattin, unserer
lieben, treubeforgenen Mutter
Maria Karolina Weber
erfahren durften, für die trostreichen Worte des
Herrn Pfarrers am Grabe u. die zahlreiche Be-
gleitung von Nah u. Fern zu ihrer letzten Ruhe-
stätte sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Familie Michael Weber.

Geschäftseröffnung und Empfehlung.
Dem titl. Publikum von hier und Umgebung zur gefl. Kenntnis,
daß ich meinen seitherigen Betrieb erneuert, vergrößert und ins
Lagerhaus verlegt habe.
In demselben habe ich stets ein größeres Lager von
landw. Maschinen, Geräten u. Ersatzteile
aller Art, sowie eine vollständige
Reparatur-Werkstätte
mit allen erforderlichen Werkzeugmaschinen eingerichtet.
Ich bin daher in der Lage nicht nur sämtliche Reparaturen, sondern auch
Neuanfertigungen landwirtsch. Maschinen,
Elektromotoren- u. Kraftwagenreparaturen,
sowie Reparaturen an allen zur gewerblichen Industrie gehörenden
Maschinen, prompt, solid und sachmännlich auszuführen.
Mag Zucker, Weilderstadt.

Calw, 22. Oktober 1921.
Todes-Anzeige.
†
Unsere liebe Schwester,
Schwägerin und Tante
Marie Reuschler,
geb. Kaufmann
ist heute früh im Alter
von 86 Jahren sanft
entschlafen.
Die trauernden
Hinterbliebenen.
Beerdigung **Montag**
2 Uhr vom Altersheim
aus.

Calw, d. 22. Okt. 1921.
Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen
hat es gefallen, unser lieb.
Kind
Kurt †
nach schwerem Leiden in
die ewige Heimat zu rufen.
Die liebetrübten Eltern
Wily. Schmetz.
Beerdigung **Sonntag**
nachmittag 1/2 4 Uhr.

Dr. Soldan's
Wurmbonbons
rasch und sicher wirkend. Für
Kinder und Erw. angenehm
im Geschmack. Zu haben
Kittler-Drogerie.

Ende nächst. Woche eintreff.
Apfelhochstämme und
Halbstämme
Quittenhalbstämme und
Büschel
Stachel- u. Johannes-
beerhochstämme u.
Straucher in besten Sorten
empfiehlt
Philipp Mast,
Handelsgärtner.

Wütlingen.
Ein größeres Quantum
Dungkalk
hat abzugeben. Weiß.

Brettenberg.
Ein Quantum
Stockholz
hat zu verkaufen
Paul Frey.

Kämpflos
Ramp *Leinwand*
aus dem Hause *aus dem Hause*
im Hofe *im Hofe*

Weltenchwann.
Die
Einweihung
des
Krieger-
Denkmals
findet
morgen **Sonntag,**
den 23. Okt. 1921
nachmittags 2 Uhr
statt, wozu einladet
der Gemeinderat.

Achtung! Deutscher Eisenbahnerverband **Achtung!**
Bezirk Württemberg.
Einladung.
Morgen Sonntag, den 23. Oktober 1921, findet im „Dreiß'schen Saal“ eine
öffentl. Eisenbahner-Versammlung
statt. Beginn 3 Uhr. Tagesordnung:
„Die Forderungen des D. E. V. in der Gegenwart und Zukunft“
Referent: **Schaffner E n d r e s.**
Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Ver-
hältnisse erlauben wir uns,
das gesamte Eisenbahnpersonal, Arbeiter und Beamte aller Kategorien
freundlichst einzuladen.
Die Ortsgruppe: J. A. Seeb.

Dass wir Persil jetzt wieder kriegen
Macht uns den Waschtage zum Vergnügen



Persil

Jetzt ist das Waschen wieder eine Lust; im Nu
ist die Wäsche fertig, blendendweiß, wie auf dem
Rasen gebleicht. Dabei große Ersparnis an Ar-
beit, Zeit, Seife und Kohlen.

PERSIL
ist das beste selbsttätige Waschmittel!
Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.
Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie., Düsseldorf.**

Zug-Pferde
1 Paar schwere, la. im Zug, wegen Ent-
behrlichkeit preiswert abzugeben.
L. Woll, Sägewerk,
Pforzheim-Dillstein.

Kontroll-Kasse
National, gea. barz. kahf. gef.
Ingeb. u. B. N. R. 7693
a. d. Geschäftsst. d. Blattes.
Geld fehlt realen Peuten
kostenlos. Schneeweiß,
Seebad Altheim.
Das „Calwer Tagblatt“
kann man jederzeit bestellen

Adolf Firnrohr
Berta Firnrohr
geb. Sohn
Vermählte
Stadelsingen
22. Oktober 1921.
Calw

Lichtspieltheater Badischer Hof
Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr
Die sieben Todsünden
mit Beiprogramm

Bez.-Handels- u. Gewerbeverein Calw.
Anmeldungen zur Teilnahme
an einem demnächst stattfindenden
Vorbereitungs-Kurs
für die Meisterprüfung
oder nur zur Teilnahme an einem
Buchführungs-Kurs
auch von weiblichen Teilnehmern, sind sofort zu richten an
Vorstand H. G. Eise.

Augenarzt Dr. Kuwald
Leopoldstr. 17 Pforzheim (Rohbrücke)
zurück.

Nach 7 jähriger Ausbildung (u. a. bei Prof. Dr. Schlayen
seinerzeit Res.-Laz. I Stuttgart-Berg, und als Oberarzt bei
Geh. Hofrat Dr. Roemheld, Sanatorium für innere u. Nerven-
kranke, Schloss Hornegg bei Gundelsheim) habe ich mich
in Stuttgart als
Facharzt für innere und Nervenkrankheiten
niedergelassen.
Dr. med. Alfred Lechler
Urbanstrasse 32 (Haltestelle Eugenstr.) Fernsprecher 693.
Röntgen-Untersuchungen. :: Künstliche Höhensonne.
Sprechstunden: von 11-12 und 3-4 Uhr.
Samstags nur v. 11-12 1/2 Uhr.

Bei Haarausfall
spärlichem Haarwuchs, plötzlich auftreten
kahl, Stellen, Haarfraß, Jucken, Schuppen usw.
wenden Sie sich, ehe ihre Papillen absterben,
an das
Institut f. Haarheilkunde
Pforzheim, Westliche-Karl-
Friedrichstr. 5.
Hervorragende Erfolge bei fachgemässer
Behandlung erzielte ich mit
künstl. Höhensonne.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Nr. 248
Berlin, 22. O
von heut Ab
Reichspräsident
hastig werden
geteilt.
Berlin, 23. O
tigen Tages zu
Reichspräsident
Ephraim und Dr.
Müller und We
Dr. Stresmann
und Koch und
und Geilstein.
sprechungen noch
werden morgen
Begü
Berlin, 22. O
heute abend 7
Schreiben über
Stunde hatte f
Verantwortung
nehmen. Fünf
getragen war
Reiches zu den
der Erfüllung
Geeze der Be
Kegtragen. E
aus schweren
Arbeittrag von
gen. Die allie
Verpflichtungen
die unter groß
dazufte erwart
fremdungen un
lichen Verpflich
hien restlos au
lung gefunden
Welles und der
ziehungen zwif
dessen ist ein
flächen oberfl
Städte, der wei
pfeil der Ber
werden sollen.
wässerung ist be
entgegen dem
dem klaren Er
fallen. Niema
es pehlos hin
reit nach wie v
fremden aller
füllen, die polit
pas ermöglicht,
die Grenzen der
möglichst durc
haben, und daß
Lage geschaffen
Kabinett bescho
geschäfte in Bre
Ausführung die
präsident, Zhen
Vorläufige
An die Hebe
Ausfrage über
Reichspräsident
Reichsministern
erklärte sich der
Berlin, 22. O
Berliner
schwebig, da die
schleunigen Best
lichen Bestimmun
weit überfahren
kautem Chara